

A n t r a g

der Fraktion der AfD

Preissteigerungen wirksam bekämpfen - der in Thüringen besonders hohen Inflationsrate entgegenwirken

- I. Die Landesregierung wird gebeten, zu berichten,
 1. welche Erkenntnisse ihr über die Ursachen der in Thüringen im Vergleich zu anderen Bundesländern besonders hohen Preissteigerungen vorliegen;
 2. welche Maßnahmen sie bisher unternommen hat, um die Inflation in Thüringen zu bekämpfen;
 3. welche zukünftigen Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung sie umsetzen wird.

- II. Der Landtag stellt fest, dass:
 1. die gegenwärtig hohe Inflation die Bevölkerung erheblich belastet und daher ein entschlossenes Gegensteuern erforderlich ist;
 2. wesentliche Ursachen für die derzeitige Inflation in der expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), in einer teuren sogenannten Energie- und Mobilitätswende sowie in den unverhältnismäßigen und wirtschaftsfeindlichen Corona-Maßnahmen liegen;
 3. nicht gerechtfertigten Preisanhebungen (sogenannten Mitnahmeeffekten) bei der Preisgestaltung im Sinne des Verbraucherschutzes entgegengetreten werden muss.

- III. Die Landesregierung wird aufgefordert,
 1. sich auf Bundesebene
 - a) für die Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags auf mindestens 12.600 Euro pro Person und Jahr und die jährliche Anpassung des Grundfreibetrags an die Inflationsrate,
 - b) für die dauerhafte Senkung des Normal-Mehrwertsteuersatzes von 19 Prozent auf den EU-Mindeststeuersatz von 15 Prozent,
 - c) für die dauerhafte Senkung der Mehrwertsteuer auf Energie-, Brenn-, Heiz- und Kraftstoffe auf 7 Prozent (ermäßigter Steuersatz),
 - d) für eine Aussetzung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel,
 - e) für eine Erhöhung der Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer auf mindestens 40 Cent je Kilometer,
 - f) für das Ende der Niedrigzinspolitik und der die Geldmenge ausweitenden Anleihekäufe der EZB,
 - g) für die Abschaffung der CO₂-Bepreisung und des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) sowie die Aussetzung der Energiesteuer und der Stromsteuer,

- h) für eine Regulierung der Spekulationsgeschäfte mit Lebensmittel- und Rohstoffpreisen, zum Beispiel durch die Wiedereinführung von Positionslimits einzusetzen;
2. dafür Sorge zu tragen, dass die Landeskartellbehörde mit ausreichend Mitteln ausgestattet ist und auf einen ausreichend umfangreichen Datensatz zurückgreifen kann, um unfairen Wettbewerb oder versteckte Absprachen aufzudecken und diesen entgegenzuwirken;
 3. zum Zwecke des Verbraucherschutzes die Möglichkeiten zu verbessern, um seriös und unkompliziert Preisentwicklungen und Preiszusammensetzungen nachvollziehen zu können.

Begründung:

Im Januar 2022 lag die Teuerungsrate der Verbraucherpreise laut Statistischem Bundesamt deutschlandweit bei 4,9 Prozent, im Februar bei 5,1 Prozent, im März bei 7,3 Prozent und im April bei 7,4 Prozent, im Mai bei 7,9 Prozent und im Juni bei 7,6 Prozent. Das ist der höchste Stand im wiedervereinigten Deutschland und in der bundesrepublikanischen Geschichte seit Herbst 1981. Haushaltsenergie und Kraftstoffe verteuerten sich deutschlandweit im März 2022 sogar um 39,5 Prozent, im April noch um 35,3 Prozent und im Mai um 50 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Die Preise für Lebensmittel stiegen im Jahresvergleich um 6,2 Prozent im März und um 8,5 Prozent im April; im Mai waren es 10,7 Prozent.

In Thüringen ist diese Entwicklung besonders deutlich. Mit einer Gesamtinflationsrate von 8,1 Prozent im April und 8,8 Prozent im Juni ist der Freistaat von allen Bundesländern Spitzenreiter bei der Teuerung.

Inflation mindert die Kaufkraft, wovon alle Bürger und das gesamte Wirtschaftsleben betroffen sind. Besonders folgenschwer ist die Preisentwicklung für Personen mit geringem Einkommen oder Rentner sowie für Familien und Alleinerzieher. Zudem entwertet die Inflation Vermögenswerte wie Sparguthaben oder Lebensversicherungen, was zahllose Arbeitnehmer und Selbstständige trifft. Pendler wiederum werden besonders durch die stark angestiegenen Kraftstoffpreise belastet.

Angesichts dieser Entwicklung ist die Politik gefordert, mit vernünftigen Maßnahmen gegenzusteuern. Dazu gehört erstens die Anpassung der Steuersätze und Freibeträge an die Teuerungsrate und zweitens die deutliche Entlastung der Bürger durch substanzielle Steuer- und Abgabensenkungen sowie drittens die Erhöhung staatlicher Ausgleichsleistungen wie der Pendlerpauschale.

Nicht zuletzt müssen auch die Ursachen für die Inflation angegangen werden. Zu diesen Ursachen gehören eine fragwürdige und für die Bürger kostenintensive Energie- und Mobilitätswende, aber auch die expansive Geldpolitik der EZB sowie Spekulationen auf knappe Lebensmittel und Rohstoffe, die die Preise nach oben treiben.

Zudem ist es geboten, dass der Freistaat Thüringen die ihm zur Verfügung stehenden Mittel ausschöpft, um die Verbraucher vor einer unlauteren und ungerechtfertigten Preisgestaltung im Deckmantel der Inflation zu schützen.

Für die Fraktion:

Braga